

Nr. 3530 IJ

II-7360 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1992 -09- 29

A N F R A G E

der Abgeordneten Apfelbeck
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales
betreffend der Förderungsinhalte des § 39a AMFG

Der RH wies in seinem Bericht über Wahrnehmungen betreffend die Gebarung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales hinsichtlich arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen gemäß § 39a des Arbeitsmarktförderungsgesetzes in den Jahren 1983 bis 1988 darauf hin, daß die Beihilfengewährung nach § 39a AMFG von den Förderungsinhalten her jene Schwachstellen in gehäufter Form aufwies, die dem österreichischen System der Direktförderung insgesamt in jüngeren wirtschaftswissenschaftlichen Veröffentlichungen wiederholt vorgeworfen werden. So fehle demnach vor allem eine eindeutige Schwerpunktsetzung und tragfähige ökonomische Begründungen (Punkt 31.,1, Seite 103). Weiters erachte es der RH als unumgänglich, die Förderungsinhalte grundsätzlich zu überdenken (Punkt 31.2.1, Seite 103).

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

A N F R A G E:

- 1.) Wurde der Forderung des RH bereits Rechnung getragen und die Förderungsinhalte überdacht?
 - a) Wenn ja, wie lauten die neuen Förderungsinhalte?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
- 2.) Wurden neue, eindeutige Schwerpunkte gesetzt und wie sehen diese aus?
- 3.) Können Sie uns tragfähige ökonomische Gründe aufzählen, die die Förderungen gemäß § 39a AMFG rechtfertigen?